

Zum Verständnisversuch der Haltung deutscher politischer Stiftungen angesichts der Beziehungen Deutschlands zu Militärregimen in Niger und Gabun

TAKOUÉ Gnépo Gilbert

Assistant

Enseignant-Chercheur

Université Félix Houphouët-Boigny, Abidjan (Côte d'Ivoire)

Département d'Allemand

gilberttakoue@gmail.com

Zusammenfassung: Es ist festzustellen, dass Deutschland ein Land von Demokratie, Gleichheit und Frieden in einer heiklen Lage mit seinen eigenen Prinzipien ist. Und dies, angesichts seiner Haltung mit variabler Geometrie gegenüber dem nigrischen Militärregime, während es (Deutschland) sich mit diesem in Gabun folgsam benimmt, ohne dass sich deutsche politische Stiftungen bewegen. Was könnte das Schweigen deutscher politischer Stiftungen angesichts der asymmetrischen gepflegten Beziehungen Deutschlands zu Niger rechtfertigen? So ist die im vorliegenden Artikel mithilfe von physischen und elektronischen Fachunterlagen behandelte Hauptfrage. Anhand des Sozialkonstruktivismus wird es zum Schluss gekommen, dass trotz ihrer Grundprinzipien diese Stiftungen im Interesse Deutschlands handeln.

Schlüsselwörter: Deutsche politische Stiftungen – Deutschland - asymmetrische Beziehungen – Niger - Gabun

Essai de compréhension de l'attitude des fondations politiques allemandes au regard des relations entre l'Allemagne et les régimes militaires au Niger et au Gabon

Résumé: Il est donné de constater que l'Allemagne, pays modèle de démocratie, d'égalité et de paix est en porte-à-faux avec ses propres principes au regard de sa posture à géométrie variable à l'égard du régime militaire nigérien, tandis qu'elle (Allemagne) reste docile vis-à-vis de celui du Gabon et ce, sous le regard silencieux des fondations politiques allemandes. Qu'est-ce qui pourrait expliquer et justifier le mutisme des fondations politiques face aux relations asymétriques qu'entretient l'Allemagne avec le Niger? Telle est la problématique que traite le présent article à l'aide des documents thématiques physiques et électroniques. Le socioconstructivisme nous a permis de parvenir à la conclusion selon laquelle malgré les principes fondamentaux qui guident les actions de ces fondations, elles agissent pour la défense et la protection des intérêts de l'Allemagne.

Mots-clés: Fondations politiques allemandes – Allemagne - Relations asymétriques – Niger - Gabon

An attempt to understand the attitude of German political foundations towards relations between Germany and the military regimes in Niger and Gabon

Abstract: It is clear that Germany, a model country of democracy, equality and peace, is at odds with its own principles in view of its variable geometry stance towards the Nigerien military regime, while it (Germany) remains docile towards that of Gabon, under the silent gaze of German political foundations. What could explain and justify the silence of political foundations in the face of the asymmetrical relations that Germany maintains with Niger? This is the problem addressed in this

TAKOUÉ Gnépo Gilbert

Zum Verständnisversuch der Haltung deutscher politischer Stiftungen angesichts der Beziehungen Deutschlands zu Militärregimen in Niger und Gabun

article using physical and electronic thematic documents. Social constructivism has allowed us to reach the conclusion that, despite the fundamental principles that guide the actions of these foundations, they act to defend and protect the interests of Germany.

Keywords: German political Foundations – Germany - Asymmetrical relations – Niger - Gabon

Einführung

Die internationale politische Landschaft steht vor vielfältigen Herausforderungen, nämlich Bürgerkriegen, Terrorismus, Sicherheitsbedrohungen, allerlei Krisen und Konflikten etc. Besonders durch wiederkehrende militärische Staatsstreichs bleibt Afrika nicht am Rande solcher Umwälzungen. Die Beispiele von Niger und Gabun, zwei Ländern jeweils in West- und Zentralafrika sind ein konkreter Beweis dafür. Die Kooperation zwischen den erwähnten Ländern und Deutschland sieht jedoch offensichtlich ungleich aus, ja sogar asymmetrisch beurteilt. Mit anderen Worten, während Deutschland exemplarische Beziehungen zu Gabun pflegt, verschlechtern sich immer mehr diese mit Niger, ohne dass deutsche politische Stiftungen darauf reagieren. In Hinblick darauf kann die zentrale Frage so gestellt werden: was könnte eine Stummhaltung deutscher politischer Stiftungen angesichts asymmetrischer Beziehungen Deutschlands zu zwei Militärregimen erklären? Aus dieser Hauptfrage hebt folgende Nebenfrage hervor: wie kommt es, dass die deutsch-gabunische Kooperation bisher eng und spannungsfrei bleibt, wenn sich diese mit Niger immer mehr verschlechtert, obwohl den beiden Regimen undemokratisch sind?

Das ganz wesentliche Ziel dieses Artikels besteht darin, die Passivität deutscher politischer Stiftungen über die Kooperation mit variabler Geometrie Deutschlands mit Niger zu stellen. Als Hypothese kann formuliert werden, dass die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen von gegenseitigen Interessen abhängt. Anhand des Sozialkonstruktivismus¹ als Forschungsmethode werden die oben gestellten Fragen beantwortet. Die beste Behandlung des vorliegenden Arbeitens benötigt, dass drei Hauptteile bearbeitet werden. Im ersten Teil wird die Kooperation Deutschlands zu Staatsstreichregimen Gabun und Niger erwähnt. Im zweiten Kernelement dieses Artikels wird die Haltung deutscher politischer Stiftungen gegenüber den oben besprochenen Beziehungen erläutert. Im dritten Teil soll dann die Haltung deutscher politischer Stiftungen gegenüber Beziehungen Deutschlands zu obigen Militärregimen analysiert werden.

1. Kurzer Überblick über Leitlinien deutscher politischer Stiftungen und Beziehungen Deutschlands zu Gabun und Niger

1.1. Deutsche politische Stiftungen: Außenpolitische Aufgaben und Zielsetzungen

Es bestehen auf Bundesebene die deutschen politischen Stiftungen aus sechs Organisationen, die den im Bundestag vertretenen Parteien nahe stehen, nämlich die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die CSU-nahe Hanns-Seidel-

¹Der Sozialkonstruktivismus entwickelte sich in den 1990er Jahren und ist somit eine der jüngsten Theorie der Internationalen Beziehungen. Für die sozialkonstruktivistische Forschung spielen Normen und somit auch die Akteure, die diese Normen generieren bzw. zu ihrer Verbreitung beitragen, eine wichtige Rolle. Diese Normunternehmer können Unternehmer – je nach theoretischem Ansatz – Staaten, nichtstaatliche Akteure, Unternehmen oder Individuen sein. (...) In der sozialkonstruktivistischen Theorie entstehen Konflikte zwischen Staaten, wenn deren Norm- und Wertesysteme inkompatibel sind. Eine mögliche Lösung dieser Problematik ist die Bildung von Wertgemeinschaften innerhalb derer sich die Staaten als Freunde begegnen (Vgl. A. Haidvogl, 2013, S. 80-136).

Stiftung (HSS), die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS), die den Bündnis-Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und die der PDS nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) (Vgl. A. Bock, 2010, S. 7). Die Bundesregierung hielt 1969 über die Arbeit der politischen Stiftungen fest:

Dieses neu entwickelte Instrument zur gesellschaftspolitischen Entwicklungszusammenarbeit erweitert das entwicklungspolitische Instrumentarium der Bundesrepublik und tritt neben Maßnahmen, die unmittelbar darauf gerichtet sind, das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern zu fördern (A. Erfried, 2012, S. 10).

Diese halbstaatlichen Akteure bilden ein Markenzeichen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und gehören deshalb zu den ältesten und erfahrensten Akteuren im Bereich der internationalen Demokratieförderung. Anders gesagt bestehen diese Stiftungen feste und bedeutende Säule besonders für die Außenpolitik Deutschlands.

Zur Durchführung von Projekten oder Programmen werden beispielsweise Eliten und gesellschaftliche Multiplikatoren gefördert. Diese sind für die Etablierung demokratischer Strukturen verantwortlich. Dazu gehören sowohl Parlamente, regierungsabhängige Institutionen und Interessengruppen als auch Einzelpersonen. (Vgl. A. Bock, 2010, S. 9). International handeln die Stiftungen nach ihren Leitlinien in mehreren Bereichen, wie etwa Frieden, Sicherheit, Demokratieförderung, Achtung der Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit etc. So gesagt, werden nun die Beziehungen Deutschlands zu Niger und Gabun erwähnt.

1.2. Kooperation Deutschlands zu Niger und Gabun vor und nach Staatsstreichen

Deutschland pflegt zu zentralafrikanischem Land Gabun seit seiner Unabhängigkeit mehrere und vielfältige bilaterale und multilaterale Beziehungen. Bilateral wurden diese Beziehungen seit der Eröffnung einer deutschen Botschaft 1962 in der gabunischen Hauptstadt Libreville offiziell. Hier ist es wichtig zu betonen, dass es um die Bundesrepublik Deutschland (BRD) vor der Wiedervereinigung geht. Politisch und diplomatisch unterhalten die beiden Staaten spannungsfreie und enge Beziehungen, sodass Deutschland öfters offiziellen gabunischen Präsidentenbesuch empfängt, wie diesen im Jahre 2005 des verstorbenen Präsidenten Omar Bongo. Es war der Fall von seinem Nachfolger Ali Bongo im Jahre 2017 sowie die offiziellen Besuche der gabunischen Regierungsmitglieder in Deutschland. Auf der Seite Deutschlands ist es fast gegenseitig. Berühmte deutsche Persönlichkeiten hielten sich auch in Gabun auf. Der Besuch im Mai 2018 von Volkmar Klein (CDU), begleitet von Reinhart Schlinkert (Gründer und Generalbevollmächtigter des Instituts für Markt- und Politikforschung dimap), in Gabun ist eine konkrete Veranschaulichung dafür. Wirtschaftlich bestehen dorthin deutsche Firmen in Bereichen der Gesundheit, der Holzwirtschaft, der Dienstleistungen, der Infrastruktur, um sie nur zu nennen².

Die kulturelle Kooperation zwischen den beiden Ländern beruht auf gegenseitige Austausche von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Im Namen dieser Kooperation wird Deutsch als Schulfach in gabunischen Schulen und an Universitäten eingerichtet. Multilateral sind die Beziehungen Deutschlands zu Gabun ganz perfekt. Von deutscher Unterstützung hat Gabun

²Deutschland und Gabun: bilaterale Beziehungen, https://www.zvei.org/fileadmin/user_upload/ Themen/Maerkte_Recht/Aussenwirtschaft/Afrika/Gabun/Gabun-Ueberblick-Politik-Recht/AA-Gabun-bilaterale-Beziehungen-2019.pdf (14.04.2025).

nach wie vor nicht nur im Rahmen der Vereinten Nationen, sondern auch anderen zwischenstaatlichen Gremien profitiert³.

Was es die bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Niger vor neuestem Staatsstreich angeht, blieben sie stabil und umfangreich bis zum innenpolitischen Umsturz. Diese seit 1962 bestehenden Beziehungen decken strategische Sektoren wie Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und die Verwaltungsreform.

Politisch und diplomatisch empfing Niger den Besuch mehrerer hochrangiger deutscher Persönlichkeiten, wie den Besuch im Mai 2016 des Bundesaußenministers Steinmeier. Im August desselben Jahres besuchte auch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Müller Niger, dem die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober folgte. Binnen zwei Jahren war mehrmals die Bundesverteidigungsministerin Von der Leyen in Niger zu Gast. Auf nigrischer Seite besuchte der Präsident Issoufou 2016, 2017 und 2018 Berlin. Wirtschaftlich und finanziell unterstützt die Bundesregierung durch staatliche Gremien und Nichtregierungsorganisationen Niger. Ferner konzentriert sich deutsche Kooperation mit Niger überwiegend auf die Gesundheit, die Grundbildung sowie die Förderung von alternativen Erwerbsmöglichkeiten, Projekte zur Stabilisierung und zu friedenserhaltenden Maßnahmen, humanitärer Hilfe und Stärkung demokratischer Funktionen. Multilateral bleibt Deutschland für Niger ein bedeutender Partner. Die Präsenz deutscher Soldaten unter Truppen der Vereinten Nationen für die Stabilisierung der Sahelzone bis zum Staatsstreich rechtfertigte die Exzellenz dieser Beziehungen⁴. Diese Zusammenarbeit verlief friedlich und gerecht bis zu jüngsten militärpolitischen Krisen, worauf Deutschland reagiert hat.

2. Zu Reaktionen Deutschlands auf Staatsstiche und Haltung deutscher politischer Stiftungen

2.1. Darstellung der Reaktionen Deutschlands auf Staatsstiche in Niger und Gabun

Als einer der demokratischen Staaten der Welt ist für Deutschland eine Machtübernahme des Militärs durch Staatsstiche unvorstellbar. Deutschland reagierte deshalb auf Militärstaatsstiche in Niger und Gabun. Die Reaktion Deutschlands auf den Putsch in Niger vom 26. Juli 2023 ist zuerst auf Bundesebene, dann auf Ebene der Europäischen Union (EU) zu betrachten. Kurz nach dem Putsch in Niger, genau am 27.07.2023 reagierte Deutschland offiziell darauf durch die Außenministerin Baerbock so:

Wir verfolgen die Ereignisse in Niger mit sehr großer Sorge. Wir verurteilen den Versuch von Teilen des Militärs, die verfassungsmäßige demokratische Ordnung Nigers umzustoßen und fordern diese auf, den demokratisch gewählten Präsidenten Bazoum unverzüglich freizulassen und in ihre Unterkünfte zurückzuführen (Auswärtiges Amt, 2023, S. 1).

Diplomatisch ist diese Aussage Deutschlands normal, denn ein Staatsstreich ist, unabhängig von den Rechtfertigungen, die sich daraus ergeben, verwerflich. Ferner ist solche Deklaration ein Beweis dafür, dass Deutschland mit demokratischen Prinzipien eng verbunden ist. Auf diese Weise

³ Deutschland und Gabun: bilaterale Beziehungen, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/gabun-node/bilateral-226330> (10.01.2025).

⁴Vgl. Deutschland und Niger: Bilaterale Beziehungen, in: https://www.zvei.org/fileadmin/user_upload/Themen/Maerkte_Recht/Aussenwirtschaft/Afrika/Niger/Niger-Ueberblick-Politik-Recht/AA-Niger-bilaterale-Beziehungen-2019.pdf (24.01.2025).

möchte auch Deutschland alle eventuellen Militärregime zurufen, dass Staatsstreichs keine passenden Wege zur Machtübernahme sind. Vor allem aber lassen diese Worte die Absicht Deutschlands erahnen, im Hinblick auf die verschiedenen Kooperationen mit Niger drastische Entscheidungen zu treffen.

Danach folgte eine andere Reaktion: „Als Bundesregierung haben wir mit der Aussetzung der Entwicklungszusammenarbeit bereits erste Konsequenzen gezogen und stehen bereit, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern weitere Maßnahmen zu ergreifen“ (Auswärtiges Amt, 09.2023, S.1). Bei der 20. Wahlperiode des Bundestages, genau am 21.09.2023, äußerte sich der deutsche Bundestag durch folgende Aussagen:

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat zum 31.07.2023 die Entwicklungszusammenarbeit mit Niger suspendiert. Die bevölkerungsnahe Unterstützung vulnerabler Gruppen über die Kriseninstrumente des BMZ läuft weiter (Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/8454, 2023, S. 2).

Die vom BMZ durchgeführte Suspendierung der Zusammenarbeit mit Niger bestätigt die Warnung vor der verschleierten Drohung des AA kurz nach dem Putsch. Diese Entscheidung gibt aus unserer Sicht Anlass zu zwei Anmerkungen. Erstens ist sie zu begrüßen, da sie das Militärregime enorm unter Druck setzt. Dieses wird sich zusätzlich zu den bereits bekannten Herausforderungen wie Unsicherheit, Hungersnot und dem Mangel an grundlegender sozialer Infrastruktur weiteren Herausforderungen stellen müssen. Zweitens wird diese Entscheidung des BMZ zweifellos negative Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Mit dieser Entscheidung ermutigt das BMZ die schon leidende Bevölkerung subtil zum Aufstand gegen das Militärregime.

Bei derselben Wahlperiode über dieselbe instabile Lage in Niger, erwähnte der Bundestag so:

Die Bundesregierung unterstützt die Forderungen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Europäischen Union (EU) nach einer schnellstmöglichen Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung in Niger und die diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung (Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/8454, 2023, S. 3).

Deutschlands Vorgehen geht hier über die Grenzen heraus und eskaliert. Mit diesen Äußerungen geht Deutschland nun über isolierte, individuelle Sanktionen hinaus. Indem es die Forderungen der AU und der EU an das nigrische Militärregime übernimmt, positioniert sich Deutschland als entschiedener Verteidiger von Legalität und Legitimität. Diese kollektiven Maßnahmen könnten das Militärregime auch zur Räson führen und potenzielle zukünftige Putsche verhindern.

Deutschland stimmte sogar die Sanktionen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft gegen Niger zu. Worum geht es eigentlich bei solchen Sanktionen?

Das Embargo der ECOWAS von Flug- bis zum Handelsverbot ist zudem härter als das gegen in Mali im Jahr 2021, weil der Import von Lebensmitteln und Medikamenten diesmal nicht ausgenommen ist. (...) ECOWAS hat Wirtschaftssanktionen verhängt und die Grenzen zu Niger geschlossen. Der Nachbar Nigeria hat zudem Stromlieferungen eingestellt (U. Laessing, 2023, S. 2-5).

Die deutsche Zustimmung zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der ECOWAS ist nicht überraschend, da Deutschland selbst über das BMZ bereits den Ton angegeben hatte. Im

Gegensatz zu den üblichen Sanktionen gegen Militärregime sind die Sanktionen gegen Niger ein schwerer Schlag. Sie richten sich nicht nur gegen das Militärregime, sondern direkt gegen die Bevölkerung. Letztlich sind diese Sanktionen ein Aufruf an die nigrische Bevölkerung, sich gegen die Putschisten zu empören, wenn sie weiterhin ein komfortables Leben führen wollte.

Die Europäische Union, durch ihren Außenbeauftragten Josep Borrell, reagierte darauf so: „Die Europäische Union erkennt die Putsch-Behörden nicht an und wird sie auch nicht anerkennen. Bazoum ist und bleibt daher der einzige rechtmäßige Präsident des Nigers. Die EU mache die Putschisten für seine Sicherheit und die seiner Familie verantwortlich⁵“. Ferner sprach Borrell weitere verhängte Sanktionen der EU gegen Niger an. „Angesichts der engen Partnerschaft der EU mit dem Land werde der Angriff auf die Integrität der republikanischen Institutionen Nigers inakzeptabel. So würden die Budgethilfe sofort eingestellt und alle Maßnahmen der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich auf unbestimmte Zeit ausgesetzt⁶“. Wie gesehen, hat der Staatsstreich in Niger viele direkte Reaktionen von Deutschland und anderen internationalen Organisationen, denen es (Deutschland) angehört, hervorgerufen.

Angesichts der verhängten Schwersanktionen der internationalen Gemeinschaft gegen Niger, war es logisch unvorstellbar, einem anderen Staatsstreich in Afrika zu entgegensehen. Gegen alle Erwartungen kam es jedoch dabei am 30. August 2023 in Gabun einen Staatsstreich, den Deutschland verurteilte und sich für eine unverzügliche Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Ordnung ausgesprochen hat (Vgl. Auswärtiges Amt, 09.2023, S.1). Über dieselbe Lage, berichtete das französische staatliche Fernsehen *France 24* Folgendes: „Frankreich, eine ehemalige Kolonialmacht, „verurteilte den Militärputsch“, ebenso wie Deutschland, das „berechtigte Kritik an der Transparenz“ der Wahlen äußerte⁷“. Wie schon den Putsch in Niger verurteilte Deutschland auch den in Gabun. Unserer Sicht war die Verurteilung jedoch weder scharf noch heftig. Diese Aussage blieb nahezu unbemerkt. Schlimmer noch: Deutschland rechtfertigte den Putsch mit einem fehlerhaften Wahlprozess.

Auf Seite der Europäischen Union äußerte sich der Außenbeauftragte Borrell vor Beginn eines informellen Treffens der Verteidigungs- und Außenminister in Toledo in Spanien so:

Die Lage sei noch unklar. Die Ereignisse in Gabun kämen zweifellos auf den Tisch. Das gesamte Subsahara-Gebiet (...) sei in einer sehr schwierigen Situation. Die EU-Regierungsvertreter müssten darüber nachdenken, wie sie ihre Politik gegenüber diesen Staaten verbessern könnten. Das ist ein großes Thema für Europa⁸.

Josep Borrell stellte laut *France 24* bei einer Pressekonferenz am 31.08.2023 den Unterschied zwischen den Putschversuchen in Niger und Gabun an. Dabei betonte er, dass „letzterer, der

⁵Niger: Déclaration du Haut représentant Josep Borrell sur les derniers développements, 29.07.2023, https://www.eeas.europa.eu/eeas/niger-d%C3%A9claration-du-haut-repr%C3%A9sentant-josep-borrell-sur-les-derniers-d%C3%A9veloppements_fr (25.01.2025).

⁶Tagesschau: Nach Militärputsch in Niger. Keine Anerkennung, Sanktionen und ein Ultimatum, <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/niger-eu-100-html> (0802.2025).

⁷France 24 A LA UNE-AFRIQUE: Après le coup d'état au Gabon, la communauté internationale reste prudente, <https://www.france24.com/fr/afrique/20230831-apr%C3%A8s-le-coup-d-%C3%A9tat-au-gabon-la-communaut%C3%A9-internationale-reste-prudente> (09.02.2025).

⁸Zentralafrika: Frankreich verurteilt Militärputsch in Gabun, <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/gabun-militaer-reaktionen-100.html>. (02.02.2025).

Präsident Ali Bongo stürzte, auf Wahlen folgte, die von Unregelmäßigkeiten geprägt waren⁹. In Bezug auf den Putsch in Gabun ähneln Borrells Äußerungen denen Deutschlands. Er unterscheidet sogar zwischen dem Putsch in Niger und dem in Gabun. Mit anderen Worten ruft Borrell indirekt die internationale Gemeinschaft dazu auf, das Militärregime in Gabun zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit ihm weiter zu intensivieren.

Die Vereinten Nationen, durch den Generalsekretär Antonio Guterres und die Afrikanische Union, verurteilten den Putsch und forderten das Militär auf, die körperliche Unversehrtheit von Präsident Ali Bongo und seinen Angehörigen zu gewährleisten. Bei derselben Gelegenheit rief Guterres alle Akteure zur „Zurückhaltung“ und zum „Dialog“ auf und verurteilte gleichzeitig „den anhaltenden Putschversuch als Mittel zur Lösung der Krise nach der Wahl aufs Schärfste“. Ferner fügte er hinzu: Militärregierungen „verschärfen die Probleme.“ Sie können eine Krise nicht lösen, sie können sie nur verschlimmern“. Ich rufe alle Länder auf, schnell glaubwürdige demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit aufzubauen¹⁰. Im Großen und Ganzen hat Deutschland auf Staatsstreichs sowohl in Niger als auch in Gabun direkt und indirekt reagiert.

2.2. Zur Haltung deutscher politischer Stiftungen über Reaktionen Deutschlands gegenüber Staatsstichen in Niger und Gabun

Über die 2023 durchgeführten Staatsstiche in Niger und Gabun, worauf mehrere Länder reagiert haben, wurden diese Reaktionen manchmal vergleichsweise analysiert. Worum geht es also bei der Lage deutscher politischer Stiftungen über zahlreiche Reaktionen Deutschlands in Niger und Gabun? Die deutschen politischen Stiftungen haben Reaktionen Deutschlands offensichtlich weder offiziell noch halbamtlich kommentiert. Sie haben hingegen wie gewöhnlich Publikationen über diese Staatsstiche veröffentlicht. Nirgends erwähnt keine Publikation von Friedrich-Ebert-Stiftung über Niger die Reaktionen Deutschlands auf den Coup. Die Veröffentlichung von November 2023 ist ein greifbarer Beweis dafür. Darin werden hauptsächlich die von ECOWAS verhängten Sanktionen und deren bezogenen Folgen auf die nigrische Bevölkerung angesprochen. Die Drohungen ECOWAS nach welchen eine bewaffnete Intervention für die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung zu führen werden auch in diesem Artikel viel ausgebrettet. Das Ansprechen einer eventuellen Zunahme von Unsicherheit wegen der Präsenz von mehreren terroristischen Organisationen in der gesamten Region des Sahels wird nicht darin ausgelassen (Vgl. S. Abba, 2023, S.4-5). Das gilt für Publikationen von Konrad-Adenauer-Stiftung, die keinen Blick auf Reaktionen Deutschlands werfen. Die Veröffentlichung im Oktober 2023 interessiert sich im Gegensatz vielmehr über die Zukunft der bis zum Putsch fairen Kooperation zwischen Westen und Niger, die von nun an mit dem Coup deutlich zugunsten von Russland sein könnte:

Moskau hofft, mit Niger einen weiteren Sahelstaat aus dem ehemals französischen Lager in seinen Einflussbereich zu bringen. Moskau bietet nach Angaben von Diplomaten Verträge für Waffen und Wagner-Söldner an, wie schon in Mali. Auch russische Stipendien für nigrische Stipendien hatte der Botschafter im Gepäck (U. Laessing, 2023, S. 3).

⁹France 24 A LA UNE-AFRIQUE: Après le coup d'état au Gabon, la communauté internationale reste prudente : <https://www.france24.com/fr/afrique/20230831-apr%C3%A8s-le-coup-d-%C3%A9tat-au-gabon-la-communaut%C3%A9-internationale-reste-prudente> (09.02.2025).

¹⁰Libération-Diplomatie : Coup d'État au Gabon : les réactions de la communauté internationale au putsch, https://www.liberation.fr/international/afrique/coup-detat-au-gabon-les-reactions-de-la-communaute-internationale-20230831_FAE6L66MFJBPDCYG71W5L6JKBI/ (09.02.2025).

Die militärische Zusammenarbeit zwischen Russland und Niger spiegelt die Interessenkonflikte zwischen den Großmächten deutlich wider. Es ist kein Geheimnis, dass Niger ein besonderer Partner Frankreichs ist. Daher haben die beiden Länder mehrere Kooperationsabkommen (militärisch, Verteidigung und wirtschaftlich) unterzeichnet, die Frankreich Vorrang vor anderen Ländern einräumen. Dadurch sichert Russland Frankreichs Hegemonie im französischsprachigen Afrika und erzielt nach Abkommen mit anderen Ländern wie Burkina Faso und Mali einen echten Durchbruch. Durch diese Zusammenarbeit sollte Frankreich nun erkennen, dass es an der Zeit ist, diese Abkommen mit weiteren Ex-Kolonien gründlich zu überprüfen, damit sie beiden Seiten gleichermaßen zugutekommen.

Weiterhin wird es im selben Artikel der Stand der aktuellen Beziehungen zwischen Westen und Niger angesprochen:

Doch seit dem Coup liegt die Zusammenarbeit auf Eis. Die EU folgt Frankreichs Linie, das den Verlust seines Hauptverbündeten im Sahel nur schwer verkraftet. Es finden keine offiziellen Gespräche statt, auch wenn einige EU-Botschafter auf informellem Weg den Austausch mit dem Ministerpräsidenten und verschiedenen Ministern gesucht haben. (...) Die Militärregierung lehnt deutlich jegliche Zusammenarbeit mit Paris ab (U. Laessing, 2023, S. 4).

Diese Äußerungen zeigen einerseits deutlich, dass Länder die Relevanz ihrer Positionen im Falle eines Staatsstreichs in Frankreichs afrikanischem Einflussbereich oft nicht einschätzen. Diese Mächte schließen sich den Ansichten und Entscheidungen Frankreichs an. Andererseits stellt Nigers Weigerung eine Verschärfung der Lage des Militärregimes gegenüber Frankreich dar, das – zu Recht oder zu Unrecht – der Ausbeutung der Ressourcen seiner ehemaligen Kolonien beschuldigt wird. Diese Rhetorik der meisten Afrikaner im französischsprachigen Afrika bezieht sich sicherlich auf die Klauseln mehrerer Kooperationsabkommen, die seit 1960 zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien geschlossen wurden.

Im Bereich Rohstoffe und strategische Produkte sind hier einige der Ausdrücke dieses Abkommens aufgeführt: Die Republik Niger erleichtert die Lagerung von Rohstoffen und strategischen Produkten (flüssige oder gasförmige Kohlenwasserstoffe; Uran, Thorium, Lithium, Beryllium, deren Erze und Verbindungen) zugunsten der französischen Streitkräfte. Wenn Verteidigungsinteressen dies erfordern, beschränkt oder verbietet (...) Niger deren Export in andere Länder. (...) Die Französische Republik wird über die Programme und Projekte für den Export von Rohstoffen und strategischen Produkten zweiter Kategorie aus dem Hoheitsgebiet der Republik Niger (...) informiert. Hinsichtlich dieser Materialien und Produkte (...) behält sich die Republik Niger aus Verteidigungsgründen deren Verkauf an die Französische Republik vor, nachdem ihr Inlandsbedarf gedeckt ist, und bezieht die Lieferungen vorrangig von ihr. Niger und Frankreich haben auch Kooperationsabkommen im Verteidigungsbereich unterzeichnet. Diese Abkommen gewähren Frankreich einen großen Anteil und unbeschreibliche Erleichterungen. Diese Erleichterungen betreffen die Nutzung der Hafen-, See- und Flussinfrastruktur, des Straßen-, Schienen- und Luftverkehrs sowie der Post- und Telekommunikationsnetze; die Einrichtung und Nutzung von Luft- und Seefunkfeuern und Übertragungsmitteln in den Territorien und Hoheitsgewässern, die für die Sicherheit und die Erfüllung der Aufgaben der Streitkräfte erforderlich sind (Vgl. Sénat, 1960-1961, S. 1-7). Angesichts der erwähnten Abkommen möchte sich Niger nun anderen Partnern zuwenden, mit denen es Kooperationsabkommen neu ausbalancieren könnte.

Auf gabunischer Seite haben auch deutsche politische Stiftungen Publikationen veröffentlicht, so diese der Konrad-Adenauer-Stiftung. In diesem Artikel werden die Umstände, bzw. die Gründe des Staatsstreiches viel angesprochen. Gabun verfüge über Bodenschätze in Hülle und Fülle, deren Einkommen aufgrund Korruption, Missmanagement und schlechter Regierungsführung ungerecht verteilt würden.

Die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf die Machtübernahme des Militärs in Gabun fielen weitaus zurückhaltender aus als bei den Militäroputschen in der Sahelzone. Während nach dem Putsch in Niger einen Monat zuvor noch eine militärische Intervention der westafrikanischen Staatengemeinschaft (ECOWAS) diskutiert wurde, konnte sich die für Gabun zuständige zentralafrikanische Gemeinschaft Wirtschaftsgemeinschaft (ECCAS) gerade einmal auf eine vorübergehende Suspendierung des Landes in der Regionalorganisation einigen (Vgl. I. Badoreck, L. Kolligs, 2023, S. 2). Dieser Abschnitt verdeutlicht, dass es zwei Arten von Putschen gibt: autorisierte und verbotene, angeprangerte oder geächtete. All dies zeigt, dass potenzielle Putschisten sich vor der Durchführung vergewissern sollten, dass ihre Aktionen genehmigt sind. Andernfalls werden sie den Preis dafür zahlen.

3. Zur Analyse der Haltung deutscher politischer Stiftungen gegenüber Reaktionen Deutschlands auf Staatsstreichs in Niger und Gabun

3.1 Bemerkungen und Kritik an dem Schweigen deutscher politischer Stiftungen

Als demokratischer Staat hat Deutschland offensichtlich die beiden Staatsstreichs entweder direkt oder indirekt verurteilt. Solche Haltung ist dankbar insofern als, Staatsstreichs keinen besseren Weg nach politischer Macht bilden. Deutschlands Reaktionen scheinen jedoch asymmetrisch, denn sie sind von Ungleichheiten und Widersprüchen geprägt. Was ist darunter zu verstehen? Auf den Militäroputsch in Niger reagierte Deutschland vehement und heftig. Hingegen fehlen Deutschlands Reaktionen auf den Staatsstreich in Gabun. Die Untätigkeit bzw. das Schweigen deutscher politischer Stiftungen über die asymmetrische Behandlung Deutschlands gegenüber dem Militärregime in Niger wird schwer zu verstehen. Im konkreten Fall Nigers folgen eindeutig deutsche politische Stiftungen der Linie Deutschlands, das die nigrische Macht verunglimpt, ja sogar ablehnt.

Angesichts der Zuständigkeit dieser Stiftungen, ist es unvorstellbar, dass sie blind und stummlos für die Haltung Deutschlands bleiben. Sie sollten tatsächlich Deutschland und darüber hinaus alle Staaten öffentlich und ständig befragen, damit sie Militärregimen gerecht behandeln. Diese Organisationen sollten eher effizient im Kampf gegen Staatsstreichs dazu beitragen, indem sie die Mittäterschaft, die geheime Zusammenarbeit, Abkommen und Weiteres zwischen demokratischen Staaten und Putschregimen heftig und vehement denunzieren. Das Schweigen deutscher politischer Stiftungen gegenüber der Haltung Deutschlands mit variabler Geometrie ist unseres Erachtens zweiseitig zu betrachten. Im ersten Fall kann es behauptet sein, dass politische Stiftungen die Rechtsstaatlichkeit nicht echt preisen, denn Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass Regierung und Verwaltung nur im Rahmen bestehender Gesetze handeln dürfen. Bürgerinnen und Bürger werden so vor staatlicher Willkür, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzung

geschützt¹¹. Darunter wird es verstanden, dass in einem Rechtsstaat die Menschen gerecht behandelt werden sollen, und dass das staatliche Handeln bestimmte Grenzen besetzt sind.

In Anbetracht der Prinzipien, die der Konzeption des Rechtsstaatsgedankens in Deutschland zugrunde liegen, können wir unmissverständlich behaupten, dass Deutschland den Rechtsstaat mit variabler Geometrie preist. Denn offensichtlich ist sein Vorgehen gegenüber Niger direkt vor den Augen der politischen Stiftungen von Verachtung, Ungerechtigkeit und Willkür geprägt. In diesem Zusammenhang lassen sich folgende Fragen stellen: Sind diese Stiftungen mitschuldig oder schuldig am deutschen asymmetrischen Vorgehen in Afrika? Setzen sich diese Stiftungen wirklich für Demokratie, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte ein, wie es in ihren Satzungen verankert ist? Hätten sie so oder anders gehandelt, wenn die gleiche Situation in Europa eingetreten wäre? Könnte eine solche Situation nicht die Glaubwürdigkeit, den Einfluss und die Aura dieser politischen Stiftungen beeinträchtigen? Die Antworten auf die obigen gestellten Fragen bilden den folgenden Abschnitt des vorliegenden wissenschaftlichen Artikels.

3.2. Wie sollten deutsche politische Stiftungen auf die Haltung Deutschlands gegenüber Staatsstichen reagieren?

Es muss nicht mehr nachgewiesen werden, dass die sechs deutschen politischen Stiftungen weltweit von großer Bekanntheit und Glaubwürdigkeit genießen. Diese Haltung spiegelt sich in ihrer langen Lebenserwartung, ihren Erfahrungen, ihrer Präsenz auf allen Kontinenten und vor allem in den Grundprinzipien wider. Den ihnen jährlich zugewiesenen Budgets, die ihr Handeln leiten ist ein bedeutender Beweis, dass die deutschen politischen Stiftungen relevante Akteure sowie in nationaler als auch in internationaler politischer Landschaft bilden. Aus dem oben Gesagten geht hervor, dass diese Stiftungen mit voller Verantwortung und Neutralität handeln sollten, wenn ein Staat oder eine Einzelperson, unabhängig von ihrer Stellung oder ihrem Einfluss, abweichende Handlungen gegenüber einem anderen Staat begeht. Dies ist jedoch nicht oft der Fall. Als Beweis dafür hebt dieses wissenschaftliche Arbeiten das Schweigen und die Passivität dieser Stiftungen gegenüber Deutschland hervor, das zwei Militärregime ungleich und asymmetrisch behandelt.

Um im Einklang mit ihren Grundsätzen zu bleiben, sollten politische Stiftungen die Haltung Deutschlands auf verschiedene Weisen öffentlich anprangern, darunter Artikel, Symposien, Konferenzen und/oder Runde Tische oder auf andere rechtliche und demokratische Weise. Diese Stiftungen müssen sicherstellen, dass Deutschland und darüber hinaus alle Großmächte, die die Welt regieren, Maßnahmen ergreifen, die nicht in die Interessen „kleiner Staaten“ eingreifen.

Betrachtet man die Behandlung, die Deutschland diesen beiden Militärregimen zufügte, könnten wir daraus schließen, dass die BRD beschlossen hatte, sich auf die Seite Frankreichs zu stellen, die Kolonialmacht der beiden betroffenen Länder Niger und Gabun. Tatsächlich wird seit den letzten Staatsstichen eine Art Doppelmoral in den Beziehungen zwischen Frankreich und diesen beiden Ländern festgestellt. Während das nigrische Militärregime von Frankreich dämonisiert, verleumdet, verunglimpt und sogar abgelehnt wird, wird das von Gabun besonders liebkost und beschwichtigt. Als Beweis dafür stattete der Chef der gabunischen Militärjunta, Brice Oligui Nguema, im Mai 2024 in Frankreich einen fünftägigen offiziellen Besuch ab. Während seines Aufenthalts wurden dem gabunischen Staatsoberhaupt alle Ehren zuteil, die einem rechtmäßigen

¹¹Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit, <https://www.bmz.de/de/themen/rechtsstaatlichkeit> (14.03.2025).

Präsidenten gebührt. Sein formelles Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron überzeugte schließlich viele davon, dass dieser Frankreichs beliebtester Putschist bleibt. Sie nutzten diese Gelegenheit, um über die Stärkung verschiedener Bereiche der Zusammenarbeit zu sprechen, darunter die wirtschaftliche, ökologische und diplomatische Zusammenarbeit. Es war auch eine Gelegenheit für gabunische und französische Geschäftsleute, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren¹².

Die unverhältnismäßige Behandlung dieser beiden Länder durch Deutschland ist daher nicht unbedeutend, denn in den internationalen Beziehungen ist keine Handlung weder umsonst noch zufällig. Mit anderen Worten könnte das Vorgehen Deutschlands gegenüber Niger eine gewisse Solidarität mit Frankreich widerspiegeln, das eines der Vorzeigeländer der Europäischen Union ist.

Trotz all dieser Überlegungen müssen deutsche politische Stiftungen unparteiisch und fair agieren. Damit könnten sie dazu beitragen, dass Deutschland als Schaufenster der Demokratie, des Friedens und der Solidarität erhalten bleibt, um stets vom Vertrauen aller Meinungen zu profitieren.

Schlussfolgerung

Der vorliegende Artikel hat gezeigt, wie sich deutsche politische Stiftungen gegenüber Handlungen Deutschlands mitschuldig und/oder schuldig zeigen. Das Schweigen dieser Stiftungen gegenüber der asymmetrischen Haltung Deutschlands zu Niger rechtfertigt sehr klar unsere Stellung. Diese Arbeit ergibt, dass Deutschland durch direkte Erklärungen, also solche, die von deutschen Behörden oder indirekt von der Europäischen Union, deren einflussreiches Mitglied Deutschland ist, ausgehen, eine diskriminierende Haltung gegenüber Niger einnimmt. Aus unserer Analyse geht hervor, dass die deutschen politischen Stiftungen, Verfechter der Demokratie, der Gleichheit der Völker und der Förderung der Menschenrechte, angesichts dieser variablen Geometriehaltung Deutschlands gegenüber Niger geschwiegen, passiv und inaktiv geblieben sind. Angesichts dieser asymmetrischen Behandlung wurde den deutschen politischen Stiftungen empfohlen, dafür zu sorgen, dass Deutschland als Garant der echten und einstimmigen Demokratie und des Friedens alle Militärregime gleich und fair behandelt. Wenn diesen Stiftungen das inkohärente Vorgehen Deutschlands weiterhin gleichgültig bleibt, könnte man sie mit bissigen Hunden in unterentwickelten Ländern und insbesondere in Afrika und mit zahnlosen Wachhunden in mächtigen westlichen Ländern vergleichen

¹²Gabon: Brice Nguema, le putschiste préféré d'Emmanuel Macron, mai 2024, <https://www.humanite.fr/monde/ali-bongo/gabon-brice-nguema-le-militaire-putschiste-prefere-demmanuel-macron> (24.02.2025).

Bibliographie

ABBA Seidik, 2023, «Promouvoir une sécurité et une stabilité durables au Sahel : quelles perspectives pour le Niger au lendemain du coup d'État militaire? », *Policy Paper/FES PSCC*, Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 1-10.

Auswärtiges Amt, 2023, „ Auswärtige Amts zu den jüngsten Entwicklungen in Niger “ 27.07.2023, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2610290-2610290>, (10.01.2025).

Auswärtiges Amt, 2023, „Außenministerin Baerbock und ein Sprecher des Auswärtige Amts zu den jüngsten Entwicklungen in Niger“, 01.08.2023, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2610668-2610668> (10.01.2025).

BADORECK Ingo, KOLLIGS Lea, 2023, „ Palastrevolution in Gabun : ein Militärputsch als Garant für Demokratie oder Rechtsstaat? “, *Länderbericht Konrad-Adenauer-Stiftung*, S. 1-5.

BOCK Andrea, 2010, *Die Rolle der politischen Stiftungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit-Eine Volkswirtschaftliche Analyse am Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien*, http://www.andrea_Bock_fespraktikumsbericht_end.pdf, (15. 12. 2024).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit, 2025, <https://www.bmz.de/de/themen/rechtsstaatlichkeit>, (14.03.2025).

„Coup d'État au Gabon: les réactions de la communauté internationale au putsch“, 2023, *Libération-Diplomatie*, https://www.liberation.fr/international/afrique/coup-detat-au-gabon-les-reactions-de-la-communaute-internationale-20230831_FAE6L66MFBPDCYG71W5L6JKBI/ (09.02.2025).

Deutscher Bundestag, 2023, „20. Wahlperiode“, Drucksache 20/8454, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohmaier, Dietmar Friedhoff, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD — Drucksache 20/8257—<https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008454.pdf>, (10.01.2025).

„Deutschland und Gabun: bilaterale Beziehungen“, 2024, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/gabun-node/bilateral-226330>, (10.01.2025).

„Deutschland und Gabun: bilaterale Beziehungen“, 2023, https://www.zvei.org/fileadmin/user_upload/Themen/Maerkte_Recht/Aussenwirtschaft/Afrika/Gabun/Gabun-Ueberblick-Politik-Recht/AA-Gabun-bilaterale-Beziehungen-2019.pdf, (14.04.2025).

„Deutschland und Niger: Bilaterale Beziehungen“, 2019, in: https://www.zvei.org/fileadmin/user_upload/Themen/Maerkte_Recht/Aussenwirtschaft/Afrika/Niger/Niger-Ueberblick-Politik-Recht/AA-Niger-bilaterale-Beziehungen.pdf, (24.01.2025).

ERFRIED Adam, 2012, „Die Stiftungsarbeit in Entwicklungsländern in den Entwicklungsdekaden“, in: *Vom mühsamen Geschäft der Demokratieförderung-Die internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung*, http://www.adam_Erfried_praktikumsbericht_end.pdf, (15.12.2015).

"France 24 A LA UNE-AFRIQUE", 2023, Après le coup d'État au Gabon, la communauté internationale reste prudente: <https://www.france24.com/fr/afrique/20230831-apr%C3%A8s-le-coup-d-%C3%A9tat-au-gabon-la-communaut%C3%A9-internationale-reste-prudente>, (09.02.2025).

"Gabon: Brice Nguema, le putschiste préféré d'Emmanuel Macron", 2024, <https://www.humanite.fr/monde/ali-bongo/gabon-brice-Nguema-le-militaire-putschiste-prefere-demmanuel-macron>, (24.02.2025).

HAIDVOGL Andreas, 2013, *Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 2. korrigierte Auflage, Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften, Fernuniversität in Prag.

LAESSING Ulf, 2023, „Niger nach dem Putsch — Sollte Europa mit den Militärs zusammenarbeiten?“, *Länderbericht Konrad-Adenauer-Stiftung*, S.1-8.

"Niger: Déclaration du Haut représentant Josep Borrell sur les derniers développements", 2023, <https://www.eeas.europa.eu/eeas/niger-d%C3%A9claration-du-haut-repr%C3%A9sentant-josep-borrell-sur-les-derniers-d%C3%A9veloppements> fr, (25.01.2025).

SCHWARZKOPF Andreas, 2023 „Fehlende Antworten auf den Putsch in Gabun“, *Frankfurter Rundschau*, <https://www.fr.de/meinung/fehlende-antworten-92492865.html>, (09.02.2025).

Sénat N° 226, 1960-1961, projet de loi autorisant l'approbation de l'accord de défense conclu le 24 avril 1961 entre les Gouvernements de la République française, de la République de Côte d'Ivoire, de la République du Dahomey et de la République du Niger, afriquexxi.info/IMG/pdf/accord_france_niger_1961_0_1pdf (24.06.2025).

„Tagesschau: Nach Militärputsch in Niger. Keine Anerkennung, Sanktionen und ein Ultimatum“, 2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/niger-eu-100.html>, (08.02.2025).

„Zentralafrika: Frankreich verurteilt Militärputsch in Gabun“, 2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/gabun-militaer-reaktionen-100.html>, (02.02.2025).

Processus d'évaluation de cet article:

- **Date de soumission: 13 avril 2025**
- ✓ **Date d'acceptation: 08 mai 2025**
- ✓ **Date de validation: 11 juin 2025**